Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr.
monatlich 12½ Sgr.,
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 80. Abendblatt. Montag, den 17. Februar 1868.

Deutschland.

□ **Berlin**, 15. Februar. Man wird österreichischer Seits anerkennen müssen, daß das Verhalten der österreichischen Behörden in der Flüchtlings-Angelegenheit von hier aus so mild wie möglich beurtheilt worden ist. Wir selbst haben anfangs, als man annahm, daß nur an einzelne Flüchtlinge, die sich in Oesterreich aufgehalten, Pässe ertheilt seien, das Verfahren damit entschuldigt, daß Oesterreich sich dadurch der Unannehmlichkeit habe entziehen wollen, die Flüchtlinge auszuliefern, wozu es durch die zwischen Preußen und Oesterreich bestehende Cartelconvention verpflichtet war. Die Verhältnisse liegen indessen nach spätern Nachrichten anders. Der Hauptvorwurf, der nach diesen Nachrichten Oesterreich zu machen ist, besteht darin, daß es auch einer großen Anzahl Flüchtlinge, die sich im Auslande befunden haben, österreichische Pässe ausgestellt hat. Das ist jedenfalls ein völkerrechtswidriges Verfahren, da kein Staat das Recht hat, fremden Unterthanen, die sich im Auslande befinden, seinerseits Pässe auszustellen. — Der Kurfürst von Hessen scheint sich dem König von Hannover ebenbürtig erweisen zu wollen. Er hat nämlich in einem Schreiben an einige Frauen und Jungfrauen aus Kurhessen, die ihm ein Weihnachtsgeschenk verehrt hatten, die Hoffnung ausgesprochen, daß der Tag nicht mehr fern sei, wo er wieder auf den kurfürstlichen Thron gelangen werde. — Das welfische Organ die „Situation" verkündet, daß die kleine dänische Armee an dem Tage in Flensburg einrücken, an welchem der Einzug der österreichisch-französischen Armee in Berlin erfolgen werde. Ganz unzweifelhaft wird die Geduld der dänischen Armee sicher eine eben so schwere Probe, wie die Tapferkeit derselben zu bestehen haben. — Diejenigen Korrespondenten und Blätter, welche eine durchgreifende Ministerveränderung in Aussicht gestellt haben und welche jetzt durch die Thatsachen Lügen gestraft werden, behaupten, daß sie bei ihren Nachrichten durch die National-Liberalen irre geführt worden seien. Es ist dies ein gewöhnliches Manöver dieser Korrespondenten und Zeitungen, so oft sie in die nicht ungewöhnliche Lage kommen, berichtigt zu werden, ihre Quelle auf offiziöse, konservative oder auf national-liberale Kreise zurückzuführen und damit also nicht sich selbst, sondern die angeführten Quellen für ihre Mittheilungen verantwortlich zu machen. Thatsache ist, daß diese Scribenten ihre Nachrichten immer selbst fabriziren, daß sie auf nichts als Scandal ausgehen und daß sie überhaupt eine Preß-Industrie niedrigster Art betreiben.

Berlin, 16. Februar. Der Entwurf eines neuen Versicherungsgesetzes ist nun ausgearbeitet und soll wahrscheinlich dem Reichstage des norddeutschen Bundes vorgelegt werden, nachdem der Bundesrath sich damit beschäftigt haben wird. Der jetzt vollendete Entwurf stammt aus dem Ministerium des Innern und soll die sogenannten öffentlichen Feuerversicherungs-Institute aufheben wollen. Diese Institutionen bestehen in den alten preußischen Landestheilen nur noch in geringer Zahl, in den neuen Landen und in anderen deutschen Staaten ist aber ein Beitrittszwang zu den in Rede stehenden Versicherungsverbänden vorgeschrieben. Die öffentlichen Verbände haben nun allerdings die Verpflichtung, jede Versicherung anzunehmen, was bei Privatgesellschaften nicht der Fall ist und nicht der Fall sein kann.

— Die für den Reichstag bestimmte Vorlage einer allgemeinen Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund ist jetzt so weit gediehen, daß sie bei den verschiedenen Ministerien circulirt. Die Vorlage schließt sich genau der Reform des Gesetzes von 1845 an, welche im preußischen Handelsministerium bereits ausgearbeitet vorlag. Es ist ein sehr umfangreiches, etwa 149 Paragraphen enthaltendes Gesetz. Auch ein Gesetz über die Rechte und Pflichten der Bundesbeamten, welches dem Reichstage vorgelegt werden soll, ist der Vollendung nahe; ferner wird ein Entwurf über die Pensionsverhältnisse der ehemaligen schleswig-holsteinischen Offiziere vorbereitet.

— Ueber die in Hietzing in Scene zu setzende Welfendemonstration meldet eine sonst gut unterrichtete Correspondenz, daß für den 17. d. Mts. in Hietzing zur Feier der silbernen Hochzeit des Königs von Hannover der Ankunft von zweitausend Hannoveranern entgegengesehen wird. Es wurden für dieselben in den Vororten Hietzing, Penzig und Unter-St.-Veit sowohl bei Hausbesitzern, als bei Partien Quartiere mit Betten, Beheizung, Licht und Frühstück bestellt und dafür pr. Person und Tag ein Betrag von 2 Fl. sichergestellt. Die Bewohner Hietzings sollen sogar Willens gewesen sein, am Vorabend des Festes dem König einen Fackelzug zu bringen, eine Absicht, die indessen — wegen der bei den herrschenden Stürmen zu befürchtenden Feuersgefahr wieder aufgegeben wurde. Von der Umgebung des Königs selbst wird ein Banket im Cursaale für die hannoverschen Gäste arrangirt, denen zu Ehren bekanntlich auch zwei Vorstellungen von „Blaubart" und „Großherzogin von Gerolstein" im Theater an der Wien veranstaltet werden. Sämmtliche Logen und Sitze zu den beiden erwähnten Vorstellungen wurden vom hannoverschen Hofe in Beschlag genommen.

— In der Altmark, namentlich in den beiden Jerichowschen Kreisen, treten Spuren eines drohenden Nothstandes hervor, und es ist deshalb von dort eine Petition an die Magdeburg-Halberstädter Eisenbahngesellschaft um baldigen Beginn des Baues der Berlin-Lehrter Bahn unterwegs.

— Den Regierungen der alten Lande ist vor wenigen Monaten eine Verfügung des Finanzministers über das Veranlagungs-System bei der Klassensteuer zugegangen, worin es heißt, wie mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin gewirkt werden muß, daß „die gesetzlich volksthümliche Grundlage des gesammten Einschätzungsverfahrens", die Einschätzung durch Commissionen, welche, nach der Art ihrer Zusammensetzung, den Steuerpflichtigen nahe stehen und deshalb deren Verhältnisse am besten zu übersehen und zu beurtheilen im Stande sind, in ihrer wahren Bedeutung gewürdigt werde und praktisch zur Geltung gelange. Zu diesem Behufe müssen aber die Commissionen selbst von der Wichtigkeit der ihnen durch das Gesetz beigelegten Befugnisse durchdrungen und eifrig bemüht sein, der Einschätzung von vorn herein eine solche Gestalt zu geben, daß daran auch vom allgemeinen, durch die Aufsichts-Instanz zu wahrenden Standpunkt nur noch wenig geändert werden kann. Haben die Commissionen Fehler gemacht, so müssen diese ihnen klar gelegt werden, um sie selbst zu der Ueberzeugung von den begangenen Mißgriffen zu bringen und zu deren Abänderungen zu bewegen. Erst wenn dieser Versuch mißlingt, soll das Erforderliche von Aufsichts wegen angeordnet werden.

— Die beiden höheren preußischen Beamten, der Provinzial-Steuerdirektor Hellwig aus Danzig und der Steuerrath Hahn aus Thorn, die bekanntlich nach Petersburg entsendet waren, um auf Wunsch der russischen Regierung über Verkehrs-Erleichterungen zu verhandeln, haben Petersburg bereits verlassen und sind unverrichteter Sache zurückgekehrt.

— Die Königin hat an die Direktion der Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft nachstehendes Schreiben gerichtet: Ich nehme die Summe von 20,000 Thlr., die mir die Aachener und Münchener Feuerversicherungs-Gesellschaft zur Verfügung stellt, mit dem größten Danke entgegen und bestimme dieselbe, ihrem Wunsche gemäß, für die Nothleidenden in Ostpreußen, indem ich den vaterländischen Frauenverein mit der Verwendung betraue. Ich kann nicht umhin, bei dieser Gelegenheit meine volle Anerkennung darüber zu wiederholen, daß die Gesellschaft sich überall bethätigt, wo es gilt, große gemeinnützige Interessen zu fördern, und daß ich das Vertrauen, das sie mir in diesem, wie in manchen früheren Fällen zeigt, wohl zu schätzen weiß. Berlin, 15. Februar 1868. Augusta. — An den Vorstand der Sing-Akademie hat die Königin folgendes Schreiben gerichtet: Der Vorstand der Sing-Akademie hat mir durch ihren Direktor die Erträge aus den Konzerten für die Nothleidenden in Ostpreußen, im Betrage von 945 Thlr., überreichen lassen und mir dadurch die erfreuliche Gelegenheit gegeben, diesem persönlich meinen Dank für die Gaben, mit deren Verwendung ich den vaterländischen Frauenverein betraue, auszudrücken. Indeß kann ich nicht umhin, meinen Dank zu wiederholen und dem Institute auszusprechen, wie sehr ich seine Leistungen, die ihm, wie seinem Direktor zur größten Ehre gereichen, anerkenne. Berlin, den 15. Februar 1868. Augusta.

— Der Twesten'sche Bericht über die fünf Millionen, welche die Regierung noch von der Kriegsanleihe flüssig machen will, wird Mitte dieser Woche festgestellt werden. — Auf der gestrigen Soirée des Grafen Redern unterhielt sich Se. Majestät der König freundlichst mit dem österreichischen Gesandten, Grafen Wimpffen. Die Angelegenheit der hannoverschen Legion soll einer Ausgleichung entgegengehen. — Die Post-Konvention mit Norwegen, deren Unterzeichnung gestern in Folge eines äußerlichen Hindernisses noch nicht stattgefunden hat, setzt das Brief-Porto von 6 Sgr. auf 3½ herab und regelt die direkte Verbindung zwischen Kiel und Christiania.

Berlin, 15. Februar. (Haus der Abgeordneten.) 50. Sitzung. Am Ministertisch die Minister des Innern und der Finanzen mit mehreren Kommissarien. — Ein Schreiben des Finanzministers beantragt mit Rücksicht auf den gestrigen Beschluß, wonach zu den Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung die von dem hannoverschen Provinzialfonds abgesetzten 50,000 Rt. zugesetzt sind, diese Summe bei dem außerordentlichen Ausgabe-Etat des Ministeriums für Handel und Gewerbe für den Bau von Chausseen in Ansatz zu bringen. — Alsdann findet die nochmalige Abstimmung über das gestern angenommene (auf die hannoverschen Landdrosteien bezügliche) Unteramendement Twesten statt; es wird angenommen. — Das Haus fährt nun in der Schlußberathung des Etats fort. Bei der Polizeiverwaltung in Hannover sind in der Vorberathung abgesetzt 26,985 Rt. — Der Reg.-Komm. Geh. Reg.-Rath v. Kehler bemerkt hierzu: Die Regierung sei der Frage näher getreten und es habe sich ergeben, daß die Ersparniß nur bei dem niederen Beamtenpersonal eintreten könne. Dieses sei aber so karg zugemessen, daß es bei der augenblicklichen Lage der Dinge durchaus nicht entbehrt werden könne und die Regierung beantrage deshalb die Bewilligung ihrer ursprünglichen Forderung. — Die Abgg. von Kardorff, v. Bennigsen und Grumbrecht befürworten den Antrag der Regierung, unter Hinweis auf die neuesten Vorgänge. — Der Beschluß der Vorberathung wird abgelehnt, die ursprüngliche Forderung der Regierung bewilligt. — Zu Tit. 20—25 Landgensd'armerie sind in der Vorberathung bei den Besoldungen abgesetzt: 13,800 Rt. — Abg. Groschke beantragt die Verwerfung dieses Beschlusses und eine andere Aufstellung der Etatspositionen, wonach der Tit. 20 um 14,220 Rt. gegen die Beschlüsse der Vorberathung erhöht werden soll. — Der Regierungs-Kommissar v. Köhler erklärt sich mit dem Amendement Groschke einverstanden und wird das Amendement ohne weitere Diskussion angenommen, die Beschlüsse der Vorberathung bei diesem Titel somit verworfen. — Bei Tit. 21 werden die von der Regierung geforderten Reisekostenzulagen der Brigadiers 2c. abgelehnt. — Die in der Vorberathung beschlossene Resolution auf baldmöglichste Vorlage eines Gesetz-Entwurfes, betreffend die anderweite Organisation der Landgensd'armerie wird wiederholt angenommen. — Der Etat des Ministeriums der landwirthschaftlichen Angelegenheiten wird ohne Diskussion erledigt, ebenso die dazu beschlossenen Resolutionen wiederholt angenommen. — Der Minister des Innern unterbricht an dieser Stelle die Schlußberathung und bringt einen Gesetz-Entwurf ein, betreffend die öffentlichen Spielbanken in Wiesbaden, Ems und Homburg. Dieselben sollen spätestens am 31. Dezember 1872 geschlossen werden; es kann jedoch eine frühere Schließung entweder allgemein oder für eine einzelne Spielbank durch Königl. Verordnung ausgesprochen werden. Die betreffenden Bestimmungen des Strafgesetzes bezüglich des Hazardspieles werden für diese Spielbanken für den bezeichneten Zeitraum suspendirt. — Präsident von Forckenbeck schlägt für diese Vorlage eine besondere Kommission, Abg. v. Vincke (Minden) die Schlußberathung vor, die auch von der Mehrheit genehmigt wird, obwohl Abg. Duncker darauf aufmerksam macht, daß der Gesetzentwurf Verträge mit den betreffenden Kommunen involvirt, welche wohl die gründlichere Prüfung einer Kommission verdienen möchten.

In dem Etat des Kultusministeriums werden sämmtliche Positionen nach den Beschlüssen der Vorberathung genehmigt. — Zu Titel 33 war in der Vorberathung die Resolution beschlossen, die Regierung aufzufordern, die noch bestehenden geheimen Konduitenlisten über Elementarlehrer aufzuheben. Abg. Schmidt (Stettin) bringt die Angelegenheit noch einmal zur Sprache, weil heute der Kultusminister im Hause anwesend ist und weil seine bekannten Beschwerden nicht nur, sofern sie Pommern betreffen, seit der Vorberathung bestätigt und erörtert sind, sondern weil er auch beweisen kann, daß das Unkraut selbst nach Nassau verpflanzt ist, ja daß in Pommern sogar die Kirchenpatrone, darunter Männer, die hier im Hause sitzen, von den Superintendenten überwacht werden und daß über ihren kirchlichen Sinn berichtet wird. (Heiterkeit.) — Der Kultusminister wiederholt seine und seiner Kommissare frühere Aeußerung, daß die geheimen Konduitenlisten 1848 aufgehoben und seitdem nicht wieder eingeführt worden sind. Was er angeführt, seien nicht Proben von geheimen Konduitenlisten, sondern des natürlichen und unerläßlichen Aufsichtsrechtes der Behörden über die Lehrer, zu dessen Aufrechterhaltung die Regierung verpflichtet sei. (Zustimmung rechts.) Die citirten Fragen seien die alt hergebrachten Visitationsfragen, welche die evangelische Kirche seit dem 16. Jahrhundert gekannt habe und die in der Sammlung von Milius zusammengestellt seien. Darin liege nichts Abnormes. Es handele sich nicht um regelmäßig für die Regierung geführte Listen, sondern um die Information, die die vorgesetzte Behörde nicht entbehren kann. Sollte ein illegaler Gebrauch von ihnen gemacht werden, so würde es an einer Zurechtweisung nicht fehlen. — Abg. Lasker kann die früheren und heutigen Erklärungen des Kultusministers, daß keine geheimen Konduitenlisten existiren, mit den Thatsachen, die er heute zugesteht, nicht in Einklang bringen. Denn über den Charakter der geführten Listen als geheimer Konduitenlisten entscheide, nicht ihr Inhalt, sondern der von ihnen gemachte Gebrauch. Was sollen die Nachfragen, die Informationen über das Verhalten der Lehrer außerhalb ihres Amtes? Warum setzt man bei ihnen die Möglichkeit unanständigen Benehmens leichter voraus, als bei allen übrigen Beamten, in deren Departements die geheimen Konduitenlisten aufgehoben sind, warum grade bei den Letzteren, die an der Quelle des geistigen Lebens stehen? Aber die Herren auf der Rechten wissen schon, was sie thun: es ist ihnen nicht genug, daß sie und ihre Grundsätze heute herrschen, sie wollen sich auch die Herrschaft für die Zukunft sichern. (Lebhafter Beifall.) — Der Kultusminister: Aus den heutigen Mittheilungen des Abg. Schmidt gehe nur hervor, daß die Visitationsfragen mit den Konduitenlisten verwechselt würden. Das Schulgesetz, das in diesem Hause noch gar nicht eingebracht sei, hier zu vertheidigen, sei leider nicht möglich und der Minister bedaure es lebhaft, von der sachlichen Rechtfertigung seiner Vorlage wohl für diese Session abgeschnitten zu sein. Inzwischen tröste er sich mit dem Dichterworte: „Die schlechtesten Früchte sind es nicht, daran die Wespen nagen!"

Abg. v. Schöning stellt sich als Kirchenpatron und Theilnehmer an Schulvisitationen vor, versichert aber, daß die Berichte über Personen nicht geheim gehalten, sondern den Betheiligten mitgetheilt wurden. — Abg. Parisius: Ich habe von dem Herrn Kultusminister gehört, daß die Bestimmungen über die Konduitenlisten noch auf der Visitationsordnung vom Jahre 1550 beruhen. In dieser Visitationsordnung finden sich allerdings derartige Bestimmungen, eine Kontinuität aus jener Zeit her liegt aber nicht vor. — Abgeordneter Ellissen: Wenn vorher vom Abgeordn. Lasker die Behauptung aufgestellt wurde, Vereine und Versammlungen der Lehrer würden unterdrückt, so muß ich zur Steuer der Wahrheit mittheilen, daß uns Hunderte von Petitionen mit Tausenden von Unterschriften zugegangen sind, die in freimüthigster Weise ihre Kritik an den Schulgesetzentwurf legen. Diese Petitionen gehen meist von Lehrervereinen und Lehrerversammlungen aus, welche also wohl nicht so streng verpönt sind, wie behauptet wurde. — Abg. Wantrup: Von geheimen Konduitenlisten ist man ausgegangen und jetzt hat es sich herausgestellt, daß man nichts weiter als die gewöhnlichen Visitationsberichte im Auge hat. Mit der Aufstellung und Abfassung derselben steht es so, daß in den meisten Fällen der Lehrer selbst das Duplikat abzuschreiben hat. Von Heimlichkeit ist also dabei nicht die Rede. Der Vorgesetzte soll doch auch nicht erst die Zustimmung des Lehrers einholen über das, was er berichten soll? Das muß doch Sache des Vorgesetzten selbst sein.

Abg. Lasker: Wenn hier bezweifelt wurde, daß die Regierung den Lehrern die Freiheit des Vereins- und Versammlungsrechts beschränke, so verweise ich auf die für Nassau erlassene Verfügung vom 1 Juli 1867, in welcher ausdrücklich eine vorher einzuholende Erlaubniß der vorgesetzten Behörde verlangt wird. — Abg. Schmidt (Stettin): Man stößt sich an dem Worte Konduitenliste; allerdings sind es heute nur sogenannte Visitationsfragen, aber in diese Berichte haben sich die alten Fragen der geheimen Konduitenliste eingeschmuggelt, so daß das Ding nur den Namen geändert hat. Wenn uns der Abg. Schöning einen Fall vorführt, wo die Berichte den von uns bezeichneten Charakter nicht tragen, so ist dies nur ein Beweis von der Anständigkeit der betreffenden Visitatoren, beweist aber für die Allgemeinheit gar nichts. Daß man unsere Anschauungen in Lehrerkreisen theilt, das bezeugt mir ein von einem Lehrer zugegangener Brief (Redner verliest denselben), in welchem derselbe ausspricht, daß sie schlimmer daran wären als schwere Verbrecher, denen man doch Gelegenheit gebe, sich gegen Anklagen zu vertheidigen (Unruhe rechts). Der Abg. Wantrup behauptet, er wisse nicht, daß ein Lehrer wegen seiner Abstimmung bei der Wahl jemals benachtheiligt wäre; ich erinnere ihn an eine frühere Session, wo er auf den Vorwurf eines Abgeordneten, daß er einem namentlich bezeichneten Lehrer aus diesem Grunde Emolumente entzogen habe, Nichts zu erwidern wußte. — Abg. Born zählt eine Menge Fragen auf, die nach der für Nassau geltenden Verfügung über den Lehrer beantwortet werden müssen, z. B. ob er Schulden habe, die Wirthshäuser besuche, was ihm seine Frau zugebracht habe u. dgl. — Abg. Heise: Durch die Ausführungen des Abg. Bieck, Wantrup und des Herrn Kultusministers ist festgestellt, daß von geheimen Konduitenlisten gar nicht die Rede ist. Es handelt sich um nichts weiter als um Visitationsberichte, und diese sind nothwendig. Die Lehrer sollen in ihrer Stellung nicht nur unterrichten, sondern auch die gute Sitte fördern, also muß sich ihr Vorgesetzter über ihre sittliche Qualifiation informiren; so hat die Konduitenliste einen Einfluß auf die Hebung der Sittlichkeit und ist also gewiß nicht verwerflich. — Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen folgt die Abstimmung über die vom Abg. Schmidt beantragte Resolution. Dieselbe wird angenommen. — Abg. Kosch beantragt, die bei den einzelnen Ministerien von den Besoldungen abgesetzten 6600 Rt. dem Fonds zu Besoldungs-Verbesserungen für Subalternbeamte bei den Lokalbehörden in Höhe von 600,000 Rt. hinzuzufügen. — Der Antrag des Abg. Kosch wird hierauf abgelehnt. — Zu Kap. 6 des Etats des Handelsministeriums (Porzellan-Manufaktur in Berlin) ist in der Vorberathung der Beschluß gefaßt, 100,000 Rt. als erste Rate für die Verlegung der Manufaktur nicht zu bewilligen und die Regierung aufzufordern, so bald als möglich die Auflösung des Instituts herbeizuführen. — Die in der Vorberathung verweigerte erste Rate von 100,000 Rt. zur Verlegung der Porzellan-Manufaktur wird heute bewilligt (dafür die Rechte, Twesten, v. Bennigsen, Waldeck). Die Resolution wird mit noch größerer Mehrheit abgelehnt. — Die Resolution der Vorberathung, die Regierung aufzufordern, auf den Bau neuer Strafanstalten in Schleswig-Holstein Bedacht zu nehmen, wird heute abgelehnt.

Die in der Vorberathung für die pomologische Lehranstalt in Geisenheim bewilligten 18,000 Thaler werden heute verweigert, desgleichen dieselbe Summe zur Errichtung einer solchen Anstalt im Regierungsbezirk Wiesbaden (Antrag v. Briesen) mit 141 gegen 123 Stimmen, desgleichen ein Antrag Schubarths, die Regierung möge im Etat für 1869 Plan und Kostenanschlag für eine solche Anstalt vorlegen. — Bevor der Präsident zur Schlußberathung des Etatsgesetzes schreitet, verlangt der Finanzminister das Wort, um einen Gesetzentwurf, betreffend die Verstärkung der Geldmittel zur Bekämpfung des Nothstandes in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, vorzulegen, den der Minister mündlich kurz erläutert da die kurz gemessene Zeit die Zufügung von Motiven nicht gestattete,

Er weist auf die formellen und materiellen Bedenken hin, die er gestern Abend in der Nothstandskommission in Bezug auf den v. Hennigschen Antrag geäußert und die von der Regierung hätten beseitigt werden müssen. Dies sei gelungen und er freue sich, im Vereine mit dem Minister des Innern einen Gesetzentwurf vorlegen zu können, dessen wesentliche Bestimmung dahin gehe: zur Beschaffung von Saatfrüchten in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen können verzinsliche Darlehne aus der Staatskasse gewährt werden, im Falle dringenden Bedürfnisses auch für andere Zwecke; der Finanzminister wird ermächtigt, drei Millionen verzinslicher Schatzscheine längstens auf ein Jahr auszugeben, weitere Verausgabungen sind im Etat für 1869 aufzuführen und haben die Minister der Finanzen und des Innern die Verwendung zu vertreten. Bei Feststellung der Instruktion für den Modus und die Organe der Vertheilung wünsche die Regierung den guten Rath der Kommission, wie bei der Ausgabe von Darlehnskassenscheinen zu hören und zu benutzen. Zunächst beabsichtige sie, die Vertheilung durch die Landräthe vor sich gehen zu lassen, denen vier durch den Kreistag gewählte Mitglieder zur Seite stehen sollen; auch mag in Königsberg unter dem Oberpräsidenten eine größere Kommission eingesetzt werden, wie es der Hennigsche Antrag empfiehlt. — Der Minister empfiehlt Verweisung der Regierungsvorlage an die besondere für den Hennigschen Antrag gewählte Kommission, v. Vincke (Minden) an die Finanzkommission, Heise an beide vereint. Das Haus tritt dem ersten Vorschlage bei. — Der Minister des Innern legt einen Gesetz-Entwurf vor, betreffend die Kosten der Jagdscheine und die Ueberweisung des Ertrages an die Kommunalkassen. (Wird durch Schlußberathung erledigt.) Das Haus gelangt nunmehr zur Beschlußfassung über das Etatsgesetz in seinen einzelnen Paragraphen und im Ganzen. — Abg. Dr. Joh. Jacoby: Ich habe an der Berathung der einzelnen Etats nicht theilgenommen, weil mein Entschluß feststand, das ganze Etatsgesetz zu verwerfen. Schon im Jahre 1864 erklärte ich, daß, so lange das jetzige Ministerium im Amte sei, ich meine Zustimmung zu jenem Gesetz versagen müsse. Das Urtheil, das ich damals aussprach, ist seitdem so wenig durch die militärische, wie die diplomatischen oder parlamentarischen Erfolge des Ministeriums erschüttert worden, und heute so wenig wie damals will ich durch Bewilligung der Geldmittel zum Fortbestande einer Regierung beitragen, die nach meiner Ueberzeugung dem preußischen wie dem deutschen Vaterlande zum Unheil gereicht. (Murren rechts.) Darauf wird das Etatsgesetz (dessen § 1 die Einnahmen und Ausgaben auf 159,757,064 Rt., unter den letzteren 6,083,000 Rt. an einmaligen und außerordentlichen festgesetzt), in seinen 5 Paragraphen und schleßlich als Ganzes mit allen Stimmen gegen die des Abg. Dr. Joh. Jacoby definitiv genehmigt.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr. Tages-Ordnung: Berichte über Petitionen.

Kiel, 15. Februar. Die Flensburger Sammlung vaterländischer Alterthümer ist heute aus Dänemark hier eingetoffen und zunächst im Schlosse untergebracht worden.

Hamburg, 15. Februar. Vor dem Niedergerichte wurde heute gegen Dr. Spielberg verhandelt, welcher angeklagt ist, die Institutionen der Hamburger Behörden in einem auswärtigen Blatte geschmäht zu haben. Derselbe wurde in coutumaciam zu drei Wochen Gefängniß verurtheilt.

Karlsruhe, 15. Februar. In der Thronrede, mit welcher heute die Sitzungen der Kammern geschlossen wurden, sprach der Großherog seine Freude über die durch die Thätigkeit des Landtages gelungenen Verbesserungen in der politischen Gesetzgebung aus, namentlich über das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, die Reformen im Volksunterrichtswesen und das Landstraßengesetz. Der Großherzog äußerte seine Befriedigung darüber, daß das Volk ihm auf dem Wege zu festerer nationaler Einigung gefolgt sei und dankte der Kammer für die bei der Berathung des Militärgesetzes bewiesene patriotische Einsicht und Opferwilligkeit. In diesen Opfern liege eine Bürgschaft für die Erreichung des nationalen Zieles. Die Bildung des Zollparlaments müsse als Anfang einer Einigung Deutschlands auf dem Gebiete der mate iellen Interessen angesehen werden; sie sei eine bedeutungsvolle Stufe in der Gesammtentwickelung Deutschlands. Das Ziel der badischen Politik sei Freiheit im Innern, gekräftigt und getragen durch innige nationale Verbindung mit den übrigen Staaten Deutschlands. „Durch entschlossene That sind wir dem Ziele näher gekommen und feste Beharrlichkeit wird es erreichen."

Stuttgart, 15. Februar. Bei der heute in der zweiten Kammer erfolgten Berathung des Kriegsetats wurden für den dreijährigen Etat 15 Millionen für ordentliche und 3½ Millionen für außerordentliche Ausgaben bewilligt. Ein Antrag Mohls auf ein Mißtrauensvotum gegen den Kriegsminister, weil dieser das Zündnadelgewehr in die Armeebewaffnung eingeführt habe, wurde mit 83 gegen 3 Stimmen verworfen, nachdem der Minister Frhr. v. Varnbüler die Unvermeidlichkeit der Maßregel in einer glänzenden Rede dargethan hatte.

Stuttgart, 15. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses fand die zweite Berathung des Kriegsdienstgesetzes statt. Die Befreiung der Standesherren vom Militärdienste wurde angenommen. Die Bestimmung über die längere zwangsweise Dienstzeit der Unteroffiziere und über die Kontrolversammlungen der Landwehr wurde abgelehnt. Der in der ersten Berathung angenommene Artikel zu Gunsten der Jugendwehren wurde mit 48 gegen 38 Stimmen gestrichen.

München, 15. Februar. Von kompetenter Seite wird erklärt, daß weder eine Abtretung der Burg in Nürnberg stattgefunden habe, noch überhaupt ein Vertrag über dieselbe abgeschlossen sei.

— Das Gesammtresultat der Zollparlamentswahlen in Baiern stellt sich, drei engere Wahlen abgerechnet, folgendermaßen: 28 konservative und ultramontane und 17 liberale Wahlen.

Ausland.

Wien, 15. Februar. Die Kreditanstalt macht bekannt, daß die zwölfte ordentliche Generalversammlung am 31. März stattfinden wird. Unter den Gegenständen der Berathung befinden sich auch Mittheilungen des Verwaltungsrathes Betreffs der stattgehabten Verhandlungen über die Frage eines weiteren Rückkaufs der Gesellschaftsaktien und eventuell ein Antrag auf die bezügliche Abänderung der Gesellschaftsstatuten.

— Das Ereigniß des Tages ist eine so eben erschienene Schrift von dem bekannten böhmischen Geschichtsforscher Dr. Franz Palacky unter dem Titel: „Die Geschichte des Hussitenthums und Professor Konstantin Höfler. Kritische Studie." Die Schrift ist eine Kritik der von Höfler in 3 Bänden herausgegebenen „Scriptores rerum hussicarum." Wichtig ist dieselbe indeß für die Zeitgeschichte nicht sowohl durch ihre wissenschaftliche Bedeutung, als vielmehr dadurch, daß sie eine warme Apologie des Hussitenthums ist. Was das bei der Stellung, die Palacky unter den Slawen einnimmt, sagen will, vermag man leicht zu ermessen. Die Schrift wird förmlich verschlungen von den Czechen. Prager Zeitungen bringen bereits lange Auszüge aus derselben, wie denn andererseits auch die Wiener Zeitungen, z. B. die „Neue freie Presse", sich bereits anschicken, dieselbe in unbarmherzigster Weise zu verdammen. Man fühlt das Gefährliche, das darin liegt, wenn zu dem nationalen Fanatismus der Czechen sich auch noch der religiöse gesellt. Die Geschichte des Hussitenthums giebt darüber mehr als genügenden Aufschluß, wie sehr die Besorgnisse für die Folgen der Schrift gerechtfertigt sind.

Brüssel, 15. Februar. Die ungarische Regierung hat mit dem Hause Langrand-Dumonceau definitiv wegen der Eisenbahn Kaschau-Oderberg abgeschlossen. Langrand-Dumonceau hat bereits 9 Millionen Frcs. gezahlt.

Paris, 15. Februar. Dem gesetzgebenden Körper ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, betreffend die definitive Aufhebung des Steuerzuschlages von 50 Centimes auf Getreide und Mehl, welches durch fremde Schiffe eingeführt wird. Durch Dekret vom 13. November vorigen Jahres war der Steuerzuschlag bereits provisorisch aufgehoben.

Paris, 15. Februar. Die „Patrie" dementirt in b stimmtester Form alle Gerüchte über bevorstehende Kabinetsveränderungen oder in Absicht liegende Modifikationen.

Paris, 16. Februar. Der heutige „Moniteur" meldet, daß der Minister des Aeußern, Marquis de Moustier, mit dem bevollmächtigten Minister der Großherzogthümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz, von Bornemann, ein Uebereinkommen getroffen hat, wonach der Artikel 18 des zwischen Frankreich und den beiden Großherzogthümern am 19. Juli 1865 abgeschlossenen Handelsvertrages, in welchem Mecklenburg sich verpflichtet, den Eingangszoll auf französische Boden- und Industrieprodukte nicht über einen bestimmten Tarif hinaus zu erheben, aufgehoben wird. Durch diese Stipulation war Mecklenburg verhindert, sich dem Zollverein anzuschließen und ist daher die Regierung des Kaisers auf das Ersuchen, dieselbe aufzuheben, unter der Bedingung einer Kompensation eingegangen. Es sollen Frankreich von dem Zollvereine verschiedene Ermäßigungen der Grenzsteuern bewilligt werden, von denen die wichtigste die Herabsetzung des Zolles für Weine auf 20 Frcs. per 100 Kilos ist. Bevor diese Reduktionen durch die Aufnahme in den Tarif sanktionirt wurden, ist zwischen dem Zollverein und Oesterreich ebenfalls über einen Handelsvertrag unterhandelt worden. Die Publikation wird erst erfolgen, wenn derselbe unterzeichnet ist.

Florenz, 15. Februar. Der „Korrespondence Italienne" zufolge hat sich der Staatsrath in Plenarsitzung für die Zahlung der auf die annektirten früher päpstlichen Provinzen fallenden Schuldquote ausgesprochen. — „Corriere italiano" erfährt, die Mitglieder der Majorität haben beschlossen, die Rentensteuer nicht zu beantragen, und zwar mit Rücksicht auf die von dem Finanzminister abgegebene Erklärung, daß die Regierung diesen Antrag unter allen Umständen bekämpfen werde.

— In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wurden 44 Artikel des Finanzetats angenommen. Der Finanzminister Cambray Digny stellte in Abrede, daß der autorisirte Betrag durch das zur Ausgabe gelangte Papiergeld überschritten worden sei. Derselbe versprach, jährlich dem Hause einen Bericht über das im Umlauf befindliche Papiergeld abzustatten und daß eine fernere Ausgabe von Banknoten nur geschehen würde, um den Verbindlichkeiten des Staates den Eisenbahngesellschaften gegenüber nachzukommen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten machte die Anzeige, daß die Eisenbahnlinie nach dem adriatischen Meere im Juli 1869 dem Verkehr übergeben werden solle.

Rom, 15. Februar. Heute hat der Karneval unter sehr lebhafter Betheiligung des Volkes seinen Anfang genommen.

London, 16. Februar. „Observer" hält Lord Derby's Rücktritt und die Premierschaft Stanley's für wahrscheinlich. Die Parteiorgane Derby's widersprechen dieser Nachricht und heben hervor, daß Derby's Genesung im Fortschreiten begriffen ist.

Malta, 10. Februar. Heute ist der Dampfer „Crocodile" mit dem 82. Hochländer Regiment an Bord hier angelangt. Derselbe setzt morgen seine Fahrt nach Suez fort, um sich von dort nach Malabar (Bombay) einzuschiffen.

Madrid, 15. Februar. Die „Gazeta" meldet, daß ein Handelsvertrag zwischen Spanien und China abgeschlossen sei. Der neue Finanzminister Orcana sagt in einem Cirkular an die Präfekten, daß es seine Absicht sei, die finanzielle Lage des Landes zu verbessern.

Athen, 14. Februar. Das Ministerium Bulgaris hat die Kammer aufgelöst und die Neuwahlen auf den 2. April anberaumt. Die neue Kammer wird am 7. Mai zusammentreten.

Bukarest, 13. Februar. Cantacuzeno und Melchisedek sind mit einer geheimen Mission nach Petersburg betraut. Die Abgeordneten nehmen ihren Weg über Berlin, um daselbst mit dem Grafen v. Bismark zu konferiren, ehe sie nach Petersburg weiterreisen. Die Ansichten über die Mission theilen sich. Einerseits wird behauptet, die Mission sei eine politische, andererseits heißt es, die Mission betreffe das Projekt einer Vermählung des Fürsten Karl von Rumänien mit einer Prinzessin von Leuchtenberg. Beide Abgeordneten erfreuen sich der besten Zuneigung des russischen Hofes. Cantacuzeno ist der Schwiegersohn des Herrn v. Mavro, und Melchisedek hat seine Erziehung in Rußland erhalten.

Alexandria, 9. Februar. Mehrere in der Annesley Bay mit voller Ladung liegende Transportschiffe können dieselbe nicht ausschiffen, weil das Wetter den Schleppdienst der Remorqueurs unmöglich macht. — Colonel Dunn wurde in Senafé durch zufällige Entladung einer Vogelflinte getödtet. — In Annesley herrscht Wassermangel, die tägliche Ration pro Mann ist drei Quart.

Alexandria, 10. Februar. In den Dörfern Egyptens herrscht große Noth, in Folge übermäßiger Besteuerung. Viele Landeigenthümer geben die Bodenkultur auf und wandern aus. Aus Syrien wird über Mangel an Vieh geklagt.

Alexandria, 12. Februar. Aus Suez wird die Ankunft des 94. englischen Linienregiments berichtet.

Die Nachricht über ein bei Antalo stattgehabtes feindliches Zusammentreffen zwischen Truppen der englischen Expedition und abyssinischen Freibeutern ist noch nicht bestätigt.

— Es geht das Gerücht über Abschluß einer neuen ägyptischen Anleihe auf der Basis der Konsolidirung der vorhandenen Anleihen und der schwebenden Schuld. Der Plan flößt geringes Vertrauen ein und wird der Erfolg bezweifelt.

Pommern.

Stettin, 17. Februar. Von einem Dampfer geschleppt, kam nach Wiedereröffnung der diesjährigen Fahrten gestern Vormittag das erste Segelschiff, die von Riga aus beladene Brigg „Comet", Kapitän Lemke, von Swinemünde hier an. Allerdings ist es nur mit großer Mühe und Ausdauer gelungen, das Schiff, welches viel Treibeis antraf, herauf zu bugsiren.

— Die direkten Dampfschiffverbindungen zwischen hier und Kopenhagen, sowie zwischen hier und Kiel werden übermorgen wieder eröffnet.

— Wie bereits mitgetheilt, ist dem hiesigen Bildhauer Herrn Ed. Pietschmann die Anfertigung der Gallionsfigur für die neue Kriegskorvette „Elisabeth" übertragen worden. Von den 4 Entwürfen, welche der Künstler dem Marineministerium eingereicht hatte, entschied der König schließlich für denjenigen, in welchem die Königin-Wittwe Elisabeth in ihren jüngeren Jahren dargestellt ist. Die 8 Fuß hohe Figur stützt sich mit der Linken auf das preußische Wappen und hält in der Rechten einen Lorbeerkranz.

— Zum Bazar der Königin Augusta sind noch Loose bei Herrn A. Töpfer hierselbst gegen Einsendung von 1 Thlr. durch Postanweisung zu erhalten.

— In der Nacht zum 15. d. Mts. wurden dem Gutspächter Werner zu Marienthal bei Stettin mittelst gewaltsamen Einbruches Wäsche und Kleidungsstücke im Werthe von mindestens 200 Thlr. gestohlen. Den Bemühungen der Kriminalpolizei gelang es, kurz nach verübter That die Geschwister Marie und Bertha Vogel hierselbst, von welchen erstere aus ihrem früheren Dienstverhältniß mit den Lokalitäten in M. genau vertraut war, letztere auch bereits wiederholt wegen Diebstahls bestraft ist, als die Diebinnen zu ermitteln und das gestohlene Gut wieder herbeizuschaffen, obgleich die werthvollsten Kleidungsstücke bereits in einem Pfandhause versetzt waren. Die betreffenden Pfandscheine wurden bei den Frauenzimmern am Leibe versteckt, ebenso der gelöste Pfandschilling bis auf den Betrag von 2 Thlr., außerdem verschiedene Hauptschlüssel 2c. vorgefunden. Ferner führte die bei der Bertha Vogel abgehaltene Visitation auch zur Entdeckung verschiedener, wahrscheinlich von früheren Diebstählen herrührender Kinderwäsche. Das saubere Geschwisterpaar ist verhaftet.

— Der Nemitzerstraße Nr. 1 wohnhafte Zimmergeselle Christ. Schultz kaufte eine Quantität Petroleum ohne Geld auf die Weise ein, daß er dem neben seiner Wohnung befindlichen Lager des Kaufmanns D. einen abendlichen Besuch abstattete, dort ein Faß anbohrte und sich aus demselben den Brennstoff zueignete. — In ähnlicher Weise versorgte sich der Arbeiter Joh. Schalow mit einem Vorrath von Kaffee, den er aus einem auf dem Hofe des Aktienspeichers lagernden Sacke stahl. — Mittelst Einsteigens wurden aus einem verschlossenen Pferdestalle, Pommerensdorfer Anlagen Apfelallee Nr. 12, verschiedene Kleidungsstücke und vom Hofe des Hauses Rosengarten Nr. 5 zwei rothbunte Decken gestohlen. In letzteren beiden Fällen sind die Diebe bisher nicht ermittelt.

† **Pyritz,** 15. Februar. Vorgestern Abend entstand in dem Keller des Hauses des Bäckermeisters Z. Feuer, welches indessen sofort wieder gedämpft wurde. — Gestern Abend dagegen brannte das Wohnhaus des Müllers Wagner, welches mit der Windmühle ⅛ Meile von der Stadt entfernt liegt, nieder. Ersterer Brand ist muthmaßlich durch Nachlässigkeit entstanden, bei letzterem wird Brandstiftung vermuthet.

Börsen-Berichte.

Stettin, 17. Februar. Witterung: trübe. Temperatur + 4 ° R. Wind: W.

An der Börse.

Weizen behauptet, per 2125 Pfund loco gelber inländischer 102 bis 106 Rt., bunter poln. 100–103 Rt. bez., weißer 106–110 Rt. bezahlt, ungar. 93–99 Rt. bez., 83–85pfd. gelber Februar 103 Rt. nominell, Frühjahr 103 Rt. bez. u. Gd., 103½ Rt. Br.

Roggen wenig verändert, loco pr. 2000 Pfd. 79 Rt., Februar 80 Rt. nom., Frühjahr 80, 80½ Rt. bez., 80¼ Rt. Br. u. Gd., Mai-Juni 80, 80½ Rt. bez., Juni-Juli 78 Rt. Br., 77½ Rt. Gd., Juli-August 73½ Rt. nom.

Gerste wenig verändert, loco pr. 1750 Pfd. 52½–56 Rt. bez, Oderbruch 55 Rt. bez., 69–70pfd. schles. Frühjahr 56 Rt. Gd.

Hafer fest, per 1300 Pfd. 38½–39¾ Rt. bez., 47–50pfd. Frühj. 40 Rt. bez.

Erbsen still, loco per 2250 Pfd. 69–71½ Rt. bez., Frühj. Futter- 72 Rt. bez. u. Gd.

Mais ungarischer per Ctr. 3 Rt. Br., $2\frac{11}{12}$ Rt. Gd.

Rappkuchen loco hiesige 2¼ Rt. bez.

Rüböl fest, loco $10\frac{5}{24}$ Rt. bez., 10⅓ Rt. Br., Februar $01\frac{5}{24}$ Rt. bez., April-Mai $10\frac{5}{12}$ Rt. Br., 10⅓ Gd., Mai 10½ Rt. bez., September-Oktober 10¾ Rt. Br.

Spiritus etwas matter, loco ohne Faß $20\frac{1}{12}$ Rt. bez., mit Faß $19\frac{19}{24}$ Rt. bez., Februar 19⅚ nom., Frühjahr 20⅙ Rt. bez. u. Gd., 20¼ Br., Mai-Juni $20\frac{5}{12}$ Rt. Gd., August-September $20\frac{5}{12}$ Rt. Gd.

Berlin, 17. Februar, 2 Uhr — Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 83¾ bez. Staats-Anleihe 4½ % 96 bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 136½ bez. Stargard-Posener Eisenb.-Aktien 92¼3 bez. Oesterr. National-Anleihe 57 bez. Pomm. Pfandbriefe 86 bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 183½ bez. Amerikaner 76⅛ bez.

Weizen pr. Apri-Mai 94, 93¾ bez. Roggen pr. Februar-März 79¼, ½ bez, April-Mai 79½, 80 bez., Mai-Juni 79½, 80 bez. Rüböl loco 10½ bez., Februar-März 10⅓ bez., April-Mai $10\frac{5}{12}$, ½ bez. Spiritus loco $19\frac{7}{12}$ bez., Februar-März 19⅚, ¾ bez., April-Mai $20\frac{1}{12}$ bez., ⅛ Br., Mai-Juni $20\frac{7}{24}$, ⅓ bez.

Stettin, den 17 Februar.

Hamburg	6 Tag.	151½ B	St. Börsenhaus-O.	4	—
„	2 Mt.	—	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143½ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
„	2 Mt.	—	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10Tag.	6 25⅜ B	Pr. National-V.-A.	4	119 B
„	3 Mt.	—	Pr. See-Assecuranz	4	—
Paris	10 Tg.	—	Pomerania	4	119 B
„	2 Mt.	$81\frac{5}{12}$ B	Union	4	107 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	93⅜ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	86⅝ G	Pom. Prov.-Zuckers.	5	1050 B
„	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl.5457	4½	—	Bredower „	4	—
„ „	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp G.	5	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
„ „	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
„ Rentenb.	4	—	Germania		99½ B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan		100 B
Berl.-St.E.A.	4	—	St. Dampfmühle	4	115 B
„ Prior.	4	—	Pommerensd. Ch. F.	4	—
„ „	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P.E.A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
„ Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	94 B			